

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstarifen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 122.

Dresden, Dienstag den 31. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Die ungarischen Wahlen.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, 29. Mai.

Am 1. Juni beginnen in Ungarn die Wahlen. Wirkungen hiervon greifen selbst nach Oesterreich hin. Allenhalben werden Truppen-Abteilungen einmarschiert und über die ungarische Grenze geschickt. Das Land wird in ein Feldlager verwandelt, denn ohne militärische Aufsicht sind ungarische Wahlen undenkbar. Der Wahlsieger ist daran schuld und noch mehr die Art, er behandelt wird. Man gibt mündlich seine Stimme und nicht wie jeder gerade zur Urne kommt, sondern in Klauen stehend die Parteianhänger beistimmen, und von ihm treten abwechselnd die Wähler vor. Wie lassen sich dummheitliche Vermeidungen? Schlimmeres freilich, als die übliche Erregung des Wahltages, bereitet die Wahlmänner-Regierung. Als letztes Mittel wirken ihre Gendarmen Soldaten, und allgemein ist die Meinung, daß es diesmal besonders blutige Wahlen geben wird.

Das ist keine leere Vermutung, die Politik der Regierung liegt an die Hand. Khuen-Hedervary scheint zu bestimmen, auf den Trümmern der Koalition das Gebäude neuen Ungarns aufzuführen. Es war eine unwiederbringliche Gelegenheit, das Joch des Feudalismus abzuwerfen. Die Koalitionsparteien mit Ausnahme der Justizpartei insgesamt kompromittiert, die alten Liberalen noch treu und ohne Spottung. Justiz hatte wenigstens, um halb zu übertrumpfen, mit dem allgemeinen Wahlrecht. Ihn daran fassen, seine Partei zum Stern des Reformheeres zu machen, war die Aufgabe eines Staatsmannes. Allein Khuen-Hedervary ist bloß ein Intrigant. Er handelt mit Justiz, und um ein zweites Eisen im Feuer zu sein, zugleich mit dem Grafen Tisza, der aus den Umarmungen der einstigen liberalen Partei die Regierungsbewerber werden sollte. Nun gehört Tisza zu den geschworenen Feinden, und als die Verhandlungen mit Justiz geheimeren, ließ die ganze Aktion Khuens in eine Wiedererweckung der liberalen Partei aus. Tisza hatte die Wahlmanipulationen im Hand, und das ist in Ungarn so gut wie alles. Der mit Leitung der Wahlen betraute Staatssekretär Jászay, als Gegner und Gegengewicht gegen Tisza in die Wahl eingeseht, reichte ihm bald die Gond. Auch er ist ein überzeugter Verfechter der feudalen Idee. In diesem Augenblick wurden dann die Kandidaten erwählt — lauter jeder eine Anwandlung unverdächtige Menschen — und Verwaltungsbehörden instruiert. Jászay hat unter dem Vorwand die Wahlen gemacht. Damals floß Blut in Wien. Heute arbeitet derselbe Arzt nach denselben Rezepten.

Dennoch ist die Frage, ob Tisza einen vollen Erfolg erzielt wird. Einer Regierungspartei der Wahlreform war Sieg gewiß. Tisza sucht seine Verbündeten bei allen Parteien der Wahlreform. Parteiloze Agrarfeudale wie die Kostubianer erheben sich gegen die Regierungshilfe, ohne Gegenkandidaten. Deshalb haben die fortschrittlichen Elemente alles Vertrauen zu der Regierung verloren, dies um so mehr, als die Regierung nicht ein geschlossenes nach einer Richtung tätig ist. Während nämlich Tisza sein Werk verrichtete, ließ Khuen nicht ab, mit den radikalen Nationalitäten und den Demokraten zu verhandeln. Schließlich ohne Ergebnis. Wer sollte die Regierungspolitik mit doppeltem Boden vertrauen? Die Regierungspartei, und als Vertreterin des Feudalismus die ebenbürtige Konkurrentin. Schon ist der Glaube an den Sieg wankend geworden, und als letztes Mittel rufen die Gendarmen Soldaten und Gendarmen herbei, um die oppositionellen Regungen einzuschüchtern.

Khuen glaubt auch jetzt noch sein doppeltes Spiel weiter zu können. Wird die eigentliche Regierungspartei, sogenannte nationale Arbeiterpartei, keine völlige oder eine schwache Mehrheit erringen, so daß sie auf die Hilfe anderer Parteien angewiesen ist, dann meint er mit dem doppelten Boden Freiheit praktizieren zu können. Einerseits die alten Koalitionsgruppen, die Kostubianer, Arbeiterpartei und Volkspartei — andererseits die Justizpartei, die Nationalisten und Demokraten! Er hat Bestimmungen für die Wahlreform und Minister, die wie Hieronymi zu ihm oder wie Rakocsi und Szabely in der Wahlreform waren. Doch was er für seine Stärke hält, das eben macht ihn schwach aus. Ein großes, schicksalvolles Ringen um diese Wahlen sein, ein rettender Kampf; sie sind zu einem trivialen Streit um den Nachbarn geworden. Ungarn heute steht schwer unter dem Joch der Adelsherren. 1945 Grundbesitzern gehört mehr als ein Drittel der Bodenfläche. Ihrer Allmacht ist es zu danken, daß

der Analphabetismus noch immer jenseits der Weitha waltet, daß sogar die Weizenträge von 1886 bis 1905 von 16,3 Hektolitern auf 14,9 Hektoliter pro Hektar gesunken sind und die Viehzucht zurückgeht. Die extensive Wirtschaft drückt Ungarns Reichtum herab, aber die intensive würde intelligentere Arbeitskräfte und höhere Löhne erfordern. Das ist das Uebel aller Uebel. Die blanke Ausbeutung schafft weniger Anstrengung und trägt dem Landbesitzer daselbe. So kommt es, daß Ungarn nicht nur hinter Holland und Dänemark, sondern auch hinter Deutschland in den Ackertragnissen weit zurückbleibt, obwohl es eins der fruchtbarsten Länder Europas ist. Der Bauer geht zugrunde, wandert aus, aber der Grundbesitzer holt die Abgänge ein durch Hungerlöhne und hindert mit allen Mitteln die Aufklärung und Erziehung des Volkes. Dieses höchste Kulturproblem steht zugleich mit dem Wahlrechtsproblem zur Entscheidung, wenn eine Regierung kommt, die die Not des Landes erkennt. Khuen aber hat weder den Willen noch die Kraft, der feudalen Hydra die Köpfe abzuschlagen.

Der klerikal-konservative Block.

Auf einer großen Zentrumsversammlung in Frankfurt a. M. wurde soeben recht eindringlich bestätigt, wohin der politische Kurs in Deutschland geht. Das Zentrum bekennt sich offen zum Bund mit den Konservativen. Der Landtagsabgeordnete Herold erklärte, seine Partei wolle „Schulter an Schulter mit den Konservativen“ kämpfen, und zwar für die „höchsten idealen Güter“. Diese idealen Güter aber, das ist das Christentum, wie es das Zentrum meint, d. h. der schamlose Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken. Herr Herold gab die Parole aus: „In Wahrheit gilt der Kampf gegen das Zentrum dem Christentum. Es ist der Kampf nicht zwischen Katholizismus und Protestantismus, sondern der Kampf zwischen Glauben und Unglauben.“ Man sieht, in welcher Art das Zentrum seine getreuen Schäflein zu bearbeiten gedenkt. Alle die reaktionären Streiche der Zentrumspolitik, von den Steuererlassen bis zum Wahlrechtsberrat, sollen vergessen gemacht werden durch die Parole, daß der Glaube in Gefahr sei.

Der Vorsitzende der Veranstaltung, Herr v. Brentano, wies im Schlusswort auf die kommenden Reichstagswahlen hin, die einen bisher unerhörten Kampf bringen werden. „Die Zeit, sagte er, ist ganz nahe, wo eine einzige große Rechte einer großen Linken gegenübersteht. Der Feind ist der völkische und vaterlandsfeindliche Radikalismus.“ Also auch dieselbe alte Phrase von der Vaterlandsfeindschaft, mit der das Zentrum selbst so oft und noch bei den Wahlen von 1907 von den „Nationalen“ bekämpft wurde, wird nun von ihm selbst angewendet verächtlich gegen seine Gegner. Kein Mittel ist dieser Partei zu erbärmlich.

Sehr bemerkenswert ist diese Ankündigung, die zugleich ein Zugeständnis ist, daß „eine einzige große Rechte“ von Konservativen und Zentrum ganz nahe sei und bei den nächsten Reichstagswahlen deutlich in die Erscheinung treten werde. Bisher hat das Zentrum häufig und gern erklärt, daß es sich nur zufällig und in dieser oder jener Einzelfrage mit den Konservativen zusammengeschlossen habe. Jetzt muß es seine innere Zugehörigkeit zum Konservatismus und sein förmliches Bündnis mit ihm gestehen.

Damit wird die politische Situation weiter geklärt. Wie aber stehen nun diejenigen sogenannten „Liberalen“ da, die in Fühlung und Anschluss an die konservativen Politik machen wollen, an dieselben Konservativen, die mit dem Zentrum verbündet sind!

Internationaler Wohnungskongreß.

Aus Wien wird uns vom 30. Mai berichtet: Hier hat sich unter sehr zahlreicher Beteiligung der internationalen Wohnungskongreß versammelt. Viele Regierungen haben Vertreter entsandt. Nach dem Begrüßungsreden kam es bei der Beratung über kommunale Wohnungspolitik zum einem Streit zwischen denjenigen, die die stärkere Beteiligung der Gemeinden im Wohnungswesen befürworten, und den Vertretern der privaten Vordarstellung.

Unter anderem liegt dem Kongreß ein von Dr. Klenckh-Dezlin, Vizepräsident der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, über die Fortschritte auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Deutschland in den letzten fünf Jahren erstattetes Referat vor, das zu dem Schlussergebnis kommt, daß allerdings in Deutschland eine nicht geringe Zahl glücklicher Anlagen zur Verbesserung und Förderung der Wohnungsverhältnisse zu verzeichnen ist. Alles das ist aber noch ungeheuer weit davon entfernt, sich in einer umfassenden, planmäßigen, ineinander greifenden Wohnungsreform zusammenzufassen. Die reformatorischen Bestrebungen auf dem Gebiete der Stadterweiterung, der Bauordnung, der Bebauung des kommunalen Bodens, der Verfeinerung der Bebauung im Sinne der Wohnungsreform sind nur verstreut und

nach wenig zielbewußt. Die Wohnungsaussicht ist nur in ganz kleinen Teilen Deutschlands wirklich durchgeführt, in anderen im Werden begriffen, im größeren Teile aber überhaupt noch nicht in Angriff genommen. Die gemeinnützige Bautätigkeit ist zwar in Fluß gekommen, aber zu tiefer greifenden Wirkungen noch nicht gelangt, auch zu einem planmäßigen Vordrängens noch nicht durchgedrungen. Eine großzügige Kreditförderung ist hier einwilligen noch nicht gesichert. Die Lösung der Kreditfrage für den Kleinwohnungsbau überhaupt ist noch gar nicht in Angriff genommen. So ist der Weg zu einer Befriedigung der Wohnungsverhältnisse noch weit. Die Möglichkeit zu einem planmäßigen Vordrängens würde vielleicht gegeben sein, wenn in allen Landesteilen, Provinzen oder Bundesstaaten, Organe geschaffen würden, die mit behördlicher Autorität ausgestattet, die freiwilligen Kräfte um sich scharen könnten und so, ein Mittelweg zwischen behördlicher Zwang und freier Organisation, vom Staate gefördert, vom Gemeindevorstand und Kommunalverbänden unterstützt, leitend und organisierend die Reform in die Hand nehmen würden.

Die Beratung selbst leitete ein Generalsekretär des Oberbürgermeisters Dr. v. Wagner-Ullm ein. Er führte aus: Noch vor einem Jahrzehnt war man unheimlich, ob die öffentlichen Gewalten auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungsbaues eingreifen müßten oder nicht. Jetzt aber ist die Frage unbestritten, und es handelt sich nur noch darum, wie die Stadt sich betätigen soll. Wir sind heute so weit, daß auf unserer Tagung die Frage der kommunalen Wohnungspolitik bereits einen breiten Raum in den Verhandlungen einnimmt. Wenn die Gemeinden eine gesunde Wohnungspolitik treiben wollen, so ist unerlässliche Voraussetzung die Wohnungsinspektion, die vernünftige Erhaltung von Haus und die Erweiterung von Gemeindegut. In Deutschland haben die wohnungsreformierenden Gedanken schon in vielen Gemeinden Wurzel gefaßt, aber trotzdem befinden wir uns noch im Anfang einer gesunden Wohnungsreform. Die Erkenntnis bricht sich immer mehr Bahn, daß ohne Erwerbung größerer Gemeindegutgrundstücke eine durchgreifende Arbeiterwohnungsfrage nicht möglich ist. Nicht sich immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Gemeinden möglichst viel Bodenflächen zu erwerben suchen müssen, dann wird die Gemeinde auch ganz allgemein wirtschaftliche und finanzielle Vorteile davon haben. Der Vorteil der Städte ist es, daß sie dabei Herrin ihrer Gemeindegüter sein können, daß sie Bauvorhaben erlassen können und Hausland erschließen können. Redner spricht sich dann eingehend für das Arbeiterwohnungsbaues und tritt der Behauptung entgegen, daß die Arbeiter lieber in Mietshäusern wohnen. Von einer Seite sei für die Behauptung aufgestellt worden, im 5. Stock wohne es sich gefeierter als unten. (Heiterkeit.) Dann müßte man das Wohnen vom ersten bis vierten Stock überhaupt verbieten. (Heiterkeit.) Redner verweist darauf, daß in der Stadt Ulm die Sterblichkeit in der Altstadt 15 bis 16 Proz. betrage, in den neuen Arbeiterwohnungsbaues nur 5 bis 6 Proz. (Lärm, Heiterkeit.) Das beweist, von welcher weittragender Bedeutung die Erwerbung gesunder Wohnungen ist. Das Ideal der Gemeindegüterweise wird das Arbeiterwohnungsbaues sein. Eine nach sozialen und hygienischen Gesichtspunkten durchgeführte Wohnungspolitik tut uns dringend not. (Beifall.) Die von der Gemeinde erstellten Gebäude müssen im Wege des Erwerbsrechts, des Wiederkaufsrechts und der Erbpacht der Spekulation dauernd entzogen werden. Sofern die Gemeinde den Regierbau von Kleinwohnungen selbst betreibt, hat sie gemeinnützige Vereine und Bauvereinigungen zu unterstützen. Die Besteuerung des Konjunkturgewinns der Liegenschaften und die Steuer auf unbenutzten Wertzuwachs ist das Vorrecht der Gemeinden. (Beifall.)

In der Debatte erhielt als erster Redner das Wort Oberbürgermeister Wagn-Düffelhoff: Unentbehrlich für die Lösung der Frage des Wohnungsbaues ist die private Bautätigkeit. Jede Verletzung des Verbotes muß nachdrücklich die Bautätigkeit vermindern. Ich bin darum zwar ein Freund der Bodenbesteuerung, aber niemals der Bodenverkehrsbesteuerung. (Beifall eines Teiles der Versammlung.) Diese wird wohnungspolitisch niemals von Vorteil sein können. Von diesem Gesichtspunkt herwerfe ich nicht nur die Umsatzsteuer, sondern auch die Wertzuwachssteuer. (Beifall eines Teiles der Versammlung.) Schon heute ist die Frage über die Abänderung des Kapitals zum Immobilienbesitz zu den Industrieunternehmen allgemein. Schon heute wird es immer schwieriger, Hypotheken zu angemessenen Bedingungen zu erhalten. Die Wertzuwachssteuer mit der Einschränkung der Gewinnchancen wird die Lage der Entscheidung für den Kapitalisten noch mehr zuungunsten der Anlage in Haus- und Grundbesitz lenken lassen. Redner wendet sich dann gegen die völlige Kommunalisierung des Wohnungsbaues. Er sei auch dafür, daß durch Wohnungsbauten der Gemeinden den gemeinnützigen Bauvereinigungen Anregungen und Muster gegeben werden, die Hauptaufgabe der kommunalen Wohnungspolitik sei aber, den privaten Hausbau materiell zu fördern und individuell zu ermuntern. Sein aufrichtiger Wunsch sei, daß die Verhandlungen des Kongresses unter der Parole stehen müßten: Nicht gegen den Selbstwohnungsbaues, sondern mit ihm! (Stürmischer Beifall eines Teiles der Versammlung.)

Justizrat Dr. Baumert-Spandau, Vorsitzender des Verbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine: Die vom Referenten geforderte Unerblichkeit des Arbeiterwohnungsbaues steht im Widerspruch mit dem Verlangen, dem kleinen Mann ein Eigenhaus zu schaffen. Wenn aus Amerika gemeldet werde, daß dort die Wohnungsverhältnisse günstig sind, so mag das vielleicht an dem amerikanischen Heimstättengesetz liegen. Es sei sehr bedauerlich, daß die preussische Regierung die Absicht habe, den zweiten Abschnitt des Reichsgesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in Kraft zu setzen. Die Wertzuwachssteuer bringe zwar Erträge, aber sie werde niemals zu einer Verbesserung des Wohnungsbaues führen, namentlich nicht, wenn sie sich auch auf Neubauten erstreckt, weil das dann absprechen würde vom Bauern. (Zustimmung eines Teiles der Versammlung.)

Dr. Hansen-Christiana teilt mit, daß sich bei ihnen die Miet-

trös nicht auszuweisen. Jede der der Aus- in sie ver- dargelegt den Kopf ger Re- am es am und aus- nom. Die Ingetroffen emen ge- eme Ent- mifallens- schweben; erhandeln. i der der ver 30 g Daß aber dem nben Ge- erseht über de- behalt ge- sperrt*.

lichtsurtell töt der hien. In er wieder i Arbeits- erhalt er ich erhob. nen Mann ufgehoben. Hier, blieb Qualität Bestrafen häufiger n auch in ist wegen stark und eben; der sich. Das formellen ei Zeugen h ü n g t e

sich mit kommenen

amit ein- rund des i Wunsch ten nach war der

des von zner Ver- ufw. eine deiten, ist als das

oerbe hat soll, dom men und nach Ver- erspflicht*

beramm- e r e b e beramm- zahlstelle ang unter en gegen- Sollich schlagten jeben die bestimmt en. Der Tragödie, jenwärtig dom Re-

viel Wert ngen vor i sich die 3 Haupt- 8en der r Röhler r ist auch Dresden ar jurisd- mit den ich bereit zu regeln. er erneut n Sitzung men, daß seiten ist. n; er ist r Afford- nform ist iten ver- Monstrum Vertrags- es erlegt ab belet nachweil, der vor- die Ver- tragraden e Punkte welche die ständigen n diesem it stehen- erklärung; bis Ausgung oder Ver- erklären. tag den der alle de daß die saren.

Wüller st haben, mer ver-

er- 21.